

## Ökolumne

### Coronaviren und der Klimaschutz

von Ulrich Brehme

Nach dem Beginn der Corona-Pandemie wurde für viele Menschen wieder klarer: die Natur kann uns alles geben und alles nehmen.

Am Anfang der neuen Sars-CoV-2-Virusepidemie stand der Ausbruch der Seuche in China, in Wuhan, Mitte November 2019 auf einem Markt für Wildtiere. Soweit bekannt, ist dort das Virus von Malaiischen Schuppentieren auf den Menschen übergegangen. Seit Ende Dezember 2019 wußte man in China, daß sich ein neuer SARS-ähnlicher Erreger von Mensch zu Mensch ausbreitete. Erst am 20.1.20 meldete China diese Information an die WHO. Die Krankheit wurde Covid-19 genannt. Am 23.1.20 wurde Wuhan isoliert. Da hatte sich das Virus bereits global ausgebreitet. Inzwischen wurde bekannt, daß in Abwasserproben in Mailand und Turin der COV2-Virus schon seit Dezember 2019 und seit Januar 2020 auch in Bologna vorhanden war. Das Virus konnte sich über Monate hinweg unerkannt in Norditalien ausbreiten. Der 1. Infizierte wurde in Italien erst am 20.2.20 entdeckt.

Viele Neuinfizierte bemerken von der Krankheit fast nichts, verbreiten sie aber weiter. Erst nach einer Woche kommt es bei etwa 10% der Infizierten zu einer starken Erkrankung. Daher weiß man nirgendwo genau, wie hoch die Durchseuchung der Bevölkerung mit dem Virus ist. Die Krankheit schadet besonders Menschen mit Vorerkrankungen. Und die entstehen vor allem in Gebieten mit hoher Luftverschmutzung. Es drohen bereits weitere neue Viruspanidemien, die sich über Tröpfcheninfektion ausbreiten.

Der Welthandel geht stark zurück, in allen Häfen stapeln sich die Container. Die Flugzeuge bleiben am Boden. Die Industrie entdeckt wieder die Vorzüge der Lagerhaltung und die Produktion vor Ort. Viele versuchen ihre Arbeit von zu Hause aus abzuwickeln. Eltern sind damit beschäftigt, ihre Kinder zu Hause beim Lernen zu unterstützen. Für viele Selbständige gingen die Geschäfte in der Krise stark zurück. Viele Künstler, Einzelhändler und Gastronomen droht die Pleite und das Ladensterben in den Städten geht weiter.

Bundeswirtschaftsminister Olaf Scholz (SPD) will die Krise nun mit einem „Wumms“ bekämpfen. Die Zunahme der Verschuldung um 500 Mrd. Euro wird dafür in Kauf genommen. Die Umsatzsteuer wird ab Juli abgesenkt. In der Praxis ist eine breite Subventionierung nie aufgegangen. Das führt zu wirtschaftlichen Strohfeuern. Sinnvoller wären staatliche gezielte Anschubfinanzierungen für Forschungsprojekte in kleinen und mittleren Unternehmen. Deutschland übernimmt für die zweite Jahreshälfte den Vorsitz im Rat der EU. Damit wird von Deutschland in besonderer Weise die Themensetzung der EU bestimmt. Der groß angekündigte „Green Deal“ rückte in den letzten Monaten in den Hintergrund und die angekündigten großen Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels werden nun zur Überwindung der Corona-Krise umgelenkt. Ursula von der Leyen sagt jetzt: „Wir werden investieren, was immer notwendig ist.“ Die Spitzen von Frankreich, Italien und Tschechien fordern, den Green Deal in einen „Wachstumspakt“ der EU umzuwandeln. Das Geld kann aber nur einmal ausgegeben werden. Die EU-Kommission schlägt nun zusätzliche EU-Steuern vor, die die Internalisierung externer Umweltkosten voranbringen würden, z.B. eine CO2-Grenzsteuer oder eine Plastiksteuer. Das wäre sinnvoll, wurde aber bisher immer von den Mitgliedsstaaten verhindert. Nun hat man sich auf einen Wiederaufbaufonds geeinigt, der EU-Zuschüsse vergeben soll. Dafür sollen die EU-Staaten mehr Geld nach Brüssel überweisen. Das ist immer noch besser als die Einführung von Corona-Bonds oder die Finanzierung über den ESM, die beide die Schuldenlast an den Finanzmärkten ausweiten und beim ESM zu Auflagen für die Schuldnerstaaten führen können.

Die Erfahrung dieser Pandemie sollte für uns eine Warnung sein. Die Forschung an SARS-Impfstoffen und Medikamenten für Menschen und Tiere sollte nicht aus finanziellen Gründen eingestellt werden, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Die langfristige Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen muß durch gemeinsames entschlossenes Handeln überwunden

werden. Deshalb muß das EU-Wiederaufbauprogramm an klare ökologische Vorgaben geknüpft werden.